

Große Anfrage

der Abgeordneten Lukas Schneider und der FRP - Fraktion

Große Anfrage zur Vereinbarkeit der aktuellen Klimapolitik der Bundesregierung mit der Energiesicherheit und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands

Eine sichere, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung gehört zu den Grundvoraussetzungen für wirtschaftlichen Wohlstand, industrielle Wertschöpfung und gesellschaftliche Stabilität in Deutschland. Gleichzeitig verfolgt die Bundesregierung derzeit eine energiepolitische Strategie, die stark auf einen beschleunigten Umbau des Energiesystems und eine weitreichende Elektrifizierung zahlreicher Lebens- und Wirtschaftsbereiche setzt.

In der öffentlichen Debatte mehren sich jedoch die Zweifel, ob dieser Transformationsprozess in seiner gegenwärtigen Form ausreichend Rücksicht auf Fragen der Versorgungssicherheit, der Netzstabilität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland nimmt. Vertreter aus Industrie, Mittelstand und Energiebranche warnen zunehmend vor steigenden Energiepreisen, wachsenden Belastungen für Unternehmen und privaten Haushalten sowie vor strukturellen Risiken für den Industriestandort Deutschland.

Besonders kritisch wird gesehen, dass der Ausstieg aus konventionellen Energieträgern in hohem Tempo vorangetrieben wird, während gleichzeitig zentrale infrastrukturelle Voraussetzungen – etwa im Bereich der Stromnetze, der Speichertechnologien oder der gesicherten Reservekapazitäten – vielerorts noch nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Zudem wächst die Abhängigkeit von Importen zentraler Rohstoffe und Technologien, die für den Ausbau erneuerbarer Energien benötigt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die derzeitige energiepolitische Strategie der Bundesregierung geeignet ist, die selbst gesetzten Klimaziele mit den Anforderungen an Energiesicherheit, wirtschaftliche Stabilität und bezahlbare Energiepreise in Einklang zu bringen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Zustand der Energiesicherheit in Deutschland?
2. Welche konkreten Risiken für die Stabilität der Energieversorgung sieht die Bundesregierung im Zuge der fortschreitenden Umgestaltung des Energiesystems?
3. Welche Szenarien zur Entwicklung von Strombedarf und Energieverbrauch bis 2030, 2040 und 2045 liegen den Planungen der Bundesregierung zugrunde?
4. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um mögliche Versorgungslücken in Zeiten geringer Einspeisung erneuerbarer Energien zu vermeiden?

5. Ausbau erneuerbarer Energien

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil erneuerbarer Energien an der gesicherten Leistung im deutschen Stromsystem?
7. Welche Reservekapazitäten hält die Bundesregierung für erforderlich, um Schwankungen bei Wind- und Solarenergie auszugleichen?
8. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten der Energiewende in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
9. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf energieintensive Industriezweige?

10. Infrastruktur und Netzstabilität

11. Welche Investitionen in den Stromnetzausbau hält die Bundesregierung in den kommenden Jahren für notwendig?
12. Wie häufig mussten nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur Stabilisierung des Stromnetzes (z. B. Redispatch) durchgeführt werden?
13. Welche Kosten sind dadurch entstanden?

14. Energiespeicher

15. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Ausbau von Energiespeichern für die zukünftige Energieversorgung zu?
16. Welche Speichertechnologien werden derzeit besonders gefördert?
17. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den zukünftigen Bedarf an Speicherkapazitäten?

18. Internationale Abhängigkeiten

19. In welchem Umfang ist Deutschland bei Schlüsseltechnologien der Energiewende von Importen aus Drittstaaten abhängig?
20. Welche Risiken sieht die Bundesregierung in der Konzentration von Lieferketten bei einzelnen Staaten?
21. Welche Maßnahmen verfolgt die Bundesregierung, um diese Abhängigkeiten zu reduzieren?

22. Wirtschaftliche Auswirkungen

23. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen in den vergangenen Jahren entwickelt?
24. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf den Industriestandort Deutschland?
25. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um steigende Energiekosten für Wirtschaft und Bevölkerung zu begrenzen?
- 26.

Berlin, den 14. März 2026

Lukas Schneider und FRP - Fraktion